

Flarer erkundigt sich nach den vorgesehenen Parkplätzen. Ing. Gamper teilt mit, dass es sich um acht Parkplätze handelt. Die Fahrbahnbreite ist mit 5,5 Metern vorgesehen. Der Gehsteig ist nicht auf dem heutigen Straßenkörper. Gemeinderätin Maria Theresia Flarer betont, dass beim Postgebäude ein behindertengerechter Parkplatz vorgesehen werden muss. Referent Valentin Pircher fragt nach, ob beim bisherigen Standort des Brunnens ein Parkplatz für Scooter und Fahrräder vorgesehen werden könnte. Referentin Annelies Pichler erkundigt sich nach dem Gehsteig beim Haus Premstaller. Eine Alternative wäre, den Gehsteig in größerer Breite zu pflastern und überfahrbar zu gestalten. Gemeinderat Stefan Wieser erkundigt sich nach dem Wiedergewinnungsplan beim Haus Premstaller. Referent Pichler Johann betont die Wichtigkeit der Pflasterung für das Ortsbild und spricht sich gegen die Asphaltierung des Dorfkerns aus. Gemeinderat Stefan Höfler fragt nach, warum die Kuppelung abgetragen werden muss, wenn diese so hohe Kosten verursacht. Ing. Gamper betont die Sinnhaftigkeit für den Verkehr und die Übersichtlichkeit. Der Bürgermeister bringt vor, dass bei allen Belagsarten Instandhaltungsarbeiten nach 10 bis 15 Jahren durchzuführen sind. Auch Referentin Annelies Pichler hebt die Vorzüge der Pflasterung im Dorfkern hervor. Gemeinderat Stefan Wieser erkundigt sich nach den Kosten der Sanierung der Pflasterung. Ing. Gamper führt aus, dass im Dorfkern neu zu pflastern wäre. Auf Nachfrage des Gemeinderates Franz Daprà erklärt Ing. Gamper, dass die Straße etwas aufgeweitet wird. Es wird aber schwierig sein, dass an allen Stellen zwei Busse problemlos vorbeikommen. Teilweise verhindern bestehende Gebäude die volle Breite.

Gemeinderat Stefan Wieser fragt nach, wie lange diese Pflasterung mit Harz hält. Ing. Gamper bringt vor, dass die Haltbarkeit der Pflasterung stark vom Schwerverkehr abhängt.

Referent Valentin Pircher spricht sich für die Asphaltierung aus, schöner ist zwar die Pflasterung, aber die Asphaltierung ist günstiger und geräuschärmer.

Gemeinderat Reinhard Holzeisen spricht sich aus optischen Gründen für die Pflasterung aus. Diese muss allerdings aufgrund des Busverkehrs stabil sein. Gemeinderat Stefan Wieser findet die Pflasterung schöner, er erachtet allerdings die Belastbarkeit der Pflasterung als bedenklich. Mittelfristig ist die Asphaltierung billiger. Referent Johann Pichler regt an, dass zuerst eine Zeichnung mit der Asphaltierung angefertigt werden sollte.

Gemeinderat Stephan Höfler spricht sich für die Pflasterung aus.

Vize-Bürgermeisterin Margarete Kofler spricht sich ebenfalls für die Pflasterung aus, aus ästhetischen Gründen, dies bekräftigt auch Gemeinderätin Doris Mitterhofer.

Gemeinderat Johann Thaler findet, dass die Pflasterung zum Dorfbild gehört, Gemeinderat Franz Daprà spricht sich auch für die Pflasterung aus und regt eine vermehrte Begrünung an.

Gemeinderat Oswald Zöggeler findet die Langlebigkeit des Belages wichtig, da wäre die Asphaltierung überlegen, aber aufgrund des optischen Effektes bevorzugt er die Pflasterung. Auch Gemeinderat Tobias Öttl spricht sich für die Pflasterung aus.

Gemeinderat Reinhard Holzeisen erkundigt sich nach dem neuen Standort des Brunnens.

Der Beschluss wird einstimmig genehmigt und einstimmig für unverzüglich vollstreckbar erklärt.

3. Sozialdienste: Aufnahme von Asylwerbern - SPRAR Einrichtungen. Delegation an Bezirksgemeinschaft Burggrafnamt für die Ausarbeitung von Projekten im Interesse der Gemeinden

Referentin Annelies Pichler erläutert die Grundzüge des SPRAR als Alternative zu den Aufnahmezentren CAS.

Die größeren Aufnahmezentren CAS werden von der Provinz geleitet, die Strukturen SPRAR von der Bezirksgemeinschaft. Die Kosten für die Gemeinden beim SPRAR betragen 5%, die kleineren Einheiten sollten eine größere Akzeptanz garantieren. Die Gemeinden, welche sich am SPRAR beteiligen, erhalten eine Schutzklausel und sind daher von den größeren Aufnahmezentren befreit. Die Projektdauer beträgt drei Jahre. Für Schenna wurde an fünf

Personen gedacht. Die Gemeinde müsste eine geeignete Wohnung suchen, die Bezirksgemeinschaft kümmert sich um die Verwaltung und die soziale Begleitung. Der Start wäre für 2018 geplant, dieses Jahr würde die Organisation erfolgen.

Von den Personen, die in der Wohnung untergebracht sein würden, könnten auch einige kein Asyl erhalten.

Gemeinderätin Maria Theresia Flarer fragt nach, ob die Gemeinde bereits eine Immobilie hat. Der Bürgermeister teilt mit, dass die Gemeinde keine geeignete Immobilie hat und daher eine Wohnung anmieten muss. Auf Nachfrage des Gemeinderates Franz Daprà teilt der Bürgermeister mit, dass die Gemeinde selbst die Wohnung suchen muss und diese nicht von der Provinz bestimmt wird.

Auf Nachfrage des Gemeinderates Oswald Zöggeler teilt der Bürgermeister mit, dass dieses Projekt in Trient von der Provinz durchgeführt wird. Es handelt sich um ein staatsweites Projekt.

Gemeinderat Stefan Wieser berichtet, dass mit der Teilnahme am SPRAR Projekt die Schutzklausel greift und daher die Provinz keine Strukturen gegen den Willen der Gemeinde auswählen darf.

Der Bürgermeister betont, dass bei kleineren Einheiten die Akzeptanz der Bevölkerung größer ist als bei größeren Strukturen. Bozen hat derzeit überproportional viele Asylbewerber, daher ist die Solidarität der übrigen Gemeinden auch wichtig. Für Gemeinden, die sich nicht beteiligen, sind künftig Sanktionen auch im Rahmen der Gemeindefinanzierung vorgesehen.

Referent Johann Pichler denkt, dass die Flüchtlingsproblematik weiter bestehen bleibt und die Gemeinde ihren Beitrag leisten muss. Die Garantieklausel greift im Moment sicher.

Gemeinderat Reinhard Holzeisen spricht sich gegen die Teilnahme am SPRAR Projekt aus.

Vize Bürgermeisterin Margarethe Kofler ist der Meinung, dass die Gemeinde in der Verantwortung steht, auch diesen Menschen zu helfen. Keiner kennt die Zukunft. Die Integration einer kleinen Gruppe von Asylbewerbern ist in Schenna möglich, diese Menschen sind betreut.

Gemeinderat Oswald Zöggeler spricht sich für die Aufnahme der Menschen aus, er lehnt allerdings das System ab, da nicht nur Kriegsverfolgte nach Südtirol kommen.

Der Bürgermeister appelliert an die Humanität gegenüber den Menschen, die die großen Strapazen der Flucht auf sich nehmen.

Gemeinderätin Maria Theresia Flarer berichtet, dass teilweise die Familien zusammenlegen, um einer Person die Flucht zu ermöglichen, damit diese auch die Familien zu Hause unterstützen kann.

Gemeinderat Stefan Wieser betont die Notwendigkeit diesen Menschen zu helfen, schon aufgrund unserer Werte. Der Druck der großen Städte, welche bereits jetzt mehr Asylbewerber haben, nimmt zu, sodass alle Gemeinden ihre Verantwortung übernehmen müssen. Er erachtet die Teilnahme am Projekt als wichtig. Die Gemeindeverwaltung muss dahinter stehen. Die Bezirksgemeinschaft hat geplant, entsprechendes Fachpersonal für die Begleitung einzustellen.

Referent Valentin Pircher spricht sich für die Teilnahme am Projekt aus, aus Gründen der Solidarität, Humanität und Verantwortung.

Gemeinderätin Annelies Pichler stimmt diesen Überlegungen zu.

Gemeinderat Johann Thaler stimmt der Teilnahme am SPRAR Projekt ebenfalls zu.

Gemeinderätin Doris Mitterhofer erkundigt sich, ob die Bezirksgemeinschaft auch die Flüchtlinge in Meran betreut. Der Bürgermeister informiert, dass die Aufnahmezentren CAS von der Provinz geführt werden.

Der Beschluss wird mit drei Gegenstimmen (Reinhard Holzeisen, Doris Mitterhofer, Öttl Tobias) genehmigt.

4. Genehmigung der Vereinbarung zur Ergänzung und Abänderung des Dienstleistungsvertrages mit der Gesellschaft Südtiroler Einzugsdienste AG (SEDAG)

Die amtsführende Gemeindegsekretärin stellt die Änderungen vor. Diese werden einstimmig genehmigt.

5. Mitteilungen und Anfragen

Gemeinderat Stefan Wieser berichtet, dass die Gemeinde eine Dankesurkunde für die Teilnahme am Projekt Integra erhalten hat. An Integra nehmen mittlerweile 50 Betriebe teil, welche junge Menschen mit Behinderung beschäftigen.

Gemeinderätin Maria Theresia Flarer fragt, ob man die Parkplätze beim Gutenberg einzeichnen könnte.

Gemeinderat Reinhard Holzisen regt die Einrichtung einer Kurzparkzone an.

Referent Valentin Pircher teilt den Abschluss der Holzschlagarbeiten mit. Es bestehen Probleme mit der Kehrmaschine. Es wird ein Austausch überlegt. Dasselbe gilt für einen Piaggio.

Gemeinderat Franz Daprà fragt nach, ob die Gemeinde ein Elektroauto testen möchte. Er würde dies organisieren.

Der Bürgermeister berichtet über verschiedene Arbeiten an den Gemeindenstraßen.

Nach Abschluss der Tagesordnung wird die Sitzung um 21:00 Uhr geschlossen.

Der Bürgermeister
Alois Peter Kröll

Die amtsführende Gemeindegsekretärin
Dr. Petra Weiss

